

Motion Harry Lütolf, Wohlen, vom 27. Mai 1997 betreffend Staatsvertrag über die (Fach-) Hochschulen mit dem Bundesland Baden-Württemberg

Text:

Der Regierungsrat wird ersucht, einen Staatsvertrag mit dem Bundesland Baden-Württemberg abzuschliessen bezüglich des freien Zugangs der Einwohnerinnen und Einwohner der Vertragspartner zu allen Hoch- und Fachhochschulen im Vertragsgebiet.

Begründung:

Bis zur Jahrtausendwende sollte das Aargauische Fachhochschulgesetz, über das zurzeit im Grossen Rat befunden wird, umgesetzt sein. Ab diesem Zeitpunkt wird der Kanton Aargau über konkurrenz- und leistungsfähige Fachhochschulen verfügen, die sich auch im internationalen Vergleich messen lassen können. Damit wird der Aargau zum (Fach-) Hochschulkanton avancieren.

Die Bürgerinnen und Bürger des Bundeslandes Baden-Württemberg sollen von diesem neuen Angebot profitieren können. Ihnen soll der freie Zugang, wie für Aargauerinnen und Aargauer, zu allen Aargauischen Fachhochschulen gewährleistet werden. Im Gegenzug soll unseren Einwohnerinnen und Einwohnern der gleiche Zugang zu den Baden-Württembergischen Hoch- und Fachhochschulen ermöglicht werden wie für Baden-WürttembergernInnen. Der freie Zugang auch zu den Baden-Württembergischen Hochschulen ist quasi als Kompensation für die grössere Einwohnerzahl des benachbarten Bundeslandes und damit des vergleichsweise (potentiell) grösseren Zustroms zu den Aargauischen Fachhochschulen zu betrachten.

Der Aargau wäre mit dieser Massnahme nicht mehr in der Masse von den Schweizer Hochschulkantonen abhängig, wie das heute der Fall ist. So wird jede Medizinstudentin und jeder Medizinstudent den Kanton Aargau bis zur Jahrtausendwende Fr. 46'000.-- pro Jahr kosten. Die zusätzliche Konkurrenz aus dem Bundesland Baden-Württemberg würde tendenziell diese Preise drücken.

Aus dieser sinnvollen Kooperation im tertiären Bildungsbereich können Erfahrungen gesammelt werden, die für weitere Vorhaben der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit von Bedeutung sein können. Auch können sich für den Aargau bildungsmässig Chancen ergeben aus der Tatsache, dass das Bundesland Baden-Württemberg Teil der Europäischen Union und damit Teil des Europäischen Wirtschaftsraums ist. Studentinnen und Studenten aus dem Aargau und aus Baden-Württemberg werden das Angebot zu nutzen wissen und nicht zuletzt auch kulturell Erfahrungen sammeln können.

Mitunterzeichnet von 14 Ratsmitgliedern